

auch umsetzen. Ebenso gilt dies für die Vorschläge von Wirtschaftsprüfungsunternehmen, die teilweise parallel beauftragt worden sind. Und wenn sich dann ein Stadtrat vor einer Wahl – vor welcher Wahl auch immer – hinstellt und sagt, dass er die Konsolidierung nicht anpacken will, dann kann es nicht sein, dafür die Landesregierung zu schelten. Hier ist jeder zunächst einmal selber gefragt.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Im Zusammenhang mit ifo-Gutachten und Lenk-Gutachten haben wir uns hinreichend ausgetauscht. Wir werden mit den kommunalen Spitzenverbänden hier gemeinsam nach Lösungen suchen. Es ist nur dem Abgeordneten Becker noch einmal ganz klar zu sagen: Was Sie hier verbreiten, grenzt schon an Verleumdung.

Herr Lenk ist ausgesucht worden von den kommunalen Spitzenverbänden. Er ist – das kann ich Ihnen definitiv, mit einem Schreiben der Spitzenverbände untermauert, vorlegen – kein Gutachter des Landes. Er ist ein Gutachter, der gemeinsam von den kommunalen Spitzenverbänden vorgeschlagen und von uns akzeptiert und beauftragt worden ist.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Diesem Mann dann auch noch mit einem sehr zynischen Hinweis auf seinen Wohnort Unterstellungen zu machen, geht meiner Meinung nach nicht an.

Das gesamte Thema Finanzierung, meine Damen und Herren, ist ein schwieriges; das wissen wir. Es ist ganz klar, dass die Frage der Haushaltslage des Landes und auch die der Steuereinnahmen und Belastungen des Landes mit den sogenannten Kosten der deutschen Einheit in Korrelation stehen zu den Finanzierungsfragen zwischen Land und Kommunen. Das ist nun einmal so, und das ist ein schwieriges Kapitel. Deswegen haben die Kommunen jetzt ein eigenes Gutachten in Auftrag gegeben, und wir werden dann zusammen mit der kommunalen Familie ein verantwortbares Ergebnis finden.

Wir sind – das sage ich sehr deutlich – ein verlässlicher Partner der kommunalen Familie, und wir werden in diesem Jahr und auch in der Zukunft für einen fairen und gerechten Finanzausgleich sorgen. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Dr. Wolf. – Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Deshalb kommen wir zur Abstimmung über das Gemeindefinanzierungsgesetz – das sind die Drucksachen 14/7002 und 14/7900, erste Ergänzung – entsprechend der **Beschlussempfehlung**, die in **Drucksache 14/8017** vorliegt. Wer dem zustimmen kann, den bitte ich um das Handzeichen. –

CDU und FDP. Wer ist dagegen? – SPD-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Herr Sagel. Damit ist die Beschlussempfehlung **angenommen** und das **Gemeindefinanzierungsgesetz angenommen**.^{**)}

Über die Rücküberweisung des GFG zur Vorbereitung der dritten Lesung werden wir morgen zusammen mit dem Haushaltsgesetz entscheiden.

Meine Damen und Herren, ich komme zurück auf die Abstimmung des Einzelplanes 08. Über die Änderungsanträge werden wir jetzt entsprechend der Übersicht, die Ihnen vorliegt, einzeln abstimmen.

Ich lasse zuerst über den **Änderungsantrag** der SPD-Fraktion **Drucksache 14/8368** abstimmen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen sowie Herr Sagel. – Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Wir kommen zum **Änderungsantrag** der SPD-Fraktion **Drucksache 14/8369**. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD und Herr Sagel. Wer ist dagegen? – Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP. Damit ist dieser Antrag **abgelehnt**.

Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/8370**: Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Grünen und Herr Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. – Wer enthält sich? – SPD. Damit ist auch dieser Antrag **abgelehnt**.

Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/8371**: Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Herr Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – SPD. Damit ist auch dieser Antrag **abgelehnt**.

Wir kommen nun zur Gesamtabstimmung über den Einzelplan 08 entsprechend der **Beschlussempfehlung**, die in **Drucksache 14/8008** vorliegt. Wer dem Einzelplan 08 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – CDU und FDP. Wer ist dagegen? – Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Herr Sagel. Damit ist die Beschlussempfehlung **angenommen** und der **Einzelplan 08 beschlossen**.

Meine Damen und Herren, wir kommen nun zum

Einzelplan 03 Innenministerium

Wir diskutieren zuerst über den

^{**)} Siehe Anlage 1

**Teilbereich
Innen und Verwaltungsstrukturreform**

Ich gebe Herrn Dr. Rudolph von der SPD-Fraktion das Wort. Bitte schön.

Dr. Karsten Rudolph (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Sie erinnern sich vielleicht noch daran, dass viele von uns am letzten Dienstag der Amtseinführung von Barack Obama zumindest via Fernsehen hier im Landtag beigewohnt haben. Sie wissen auch, dass der neue US-Präsident am vergangenen Donnerstag die Entscheidung traf, das Gefangenenlager in Guantanamo innerhalb eines Jahres aufzulösen.

(Unruhe – Glocke)

Dies wurde von der deutschen und der europäischen Politik sehr einhellig begrüßt. Darüber hinaus wissen wir inzwischen, dass nur 8 % der dort Gefangenen eine Mitgliedschaft bei Al Kaida zur Last gelegt wird und dass von den insgesamt 760 Häftlingen zwischenzeitlich 525 freigelassen wurden.

Die Auflösung dieses Lagers stellt allerdings auch eine Herausforderung zur Zusammenarbeit zwischen der neuen US-Regierung und den europäischen Regierungen dar. Wir sollten Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier folgen und diese Herausforderung annehmen. Die Entscheidung, solche Häftlinge aufzunehmen, die als ungefährlich gelten, ist gleichwohl nicht einfach. Sie berührt in der Tat Fragen der Sicherheit und ist letztlich eine politische Entscheidung. Klar ist aber auch, die Schließung des illegalen Gefangenenlagers ist nur dann ohne Rechtsverstöße möglich, wenn sich auch in Europa Länder finden, die Gefangene aufnehmen. Deutschland sollte, wie ich finde, zu diesen Ländern gehören. Deshalb erwarten wir auch von dieser Landesregierung ein entsprechendes Signal an den Bund.

Lassen Sie mich noch eine zweite Vorbemerkung machen. In den letzten Tagen hat es einen Streit in der Koalition über die Videoüberwachung von Schulhöfen und anderen Orten gegeben. Wenn man das Revue passieren lässt, stellt man fest, dass die Kampagne der CDU in diesem Fall ausgesprochen durchsichtig erscheint. Denn mit Law und Order auf Stimmenfang zu gehen, hat zuletzt Herr Koch in Hessen versucht. Wenn man genauer hinschaut, wird man feststellen, die Kampagne ist eigentlich gar nicht so durchsichtig. Sie ist undurchsichtig; sie ist verschlagen, weil sie das Versagen der Landesregierung in der Politik der inneren Sicherheit zu kaschieren sucht; und sie ist nebenbei auch noch als niveaulos zu bezeichnen.

(Beifall von der SPD)

Sie ist undurchsichtig, weil nebenbei sämtlichen Bürgermeistern und Stadträten, aber auch unserer Polizei und unseren Schulen der Vorwurf gemacht wird, sie hätten, was Ordnung und Sicherheit auf Schulhöfen anging, jahrelang geschlafen. Jeder von uns, der in der Kommunalpolitik tätig ist, weiß: Das ist nicht so.

Die Kampagne ist verschlagen, weil diese Koalition mit allen Stimmen der CDU vor nicht einmal einem halben Jahr die rot-grünen Regelungen zur Videoüberwachung in Kriminalitätsschwerpunkten verlängert hat.

Sie ist zudem niveaulos. Der GdP-Vorsitzende Frank Richter hat recht, wenn er vorgestern im „Kölner Stadt-Anzeiger“ zu dieser Kampagne der Union meinte:

... wer über innere Sicherheit redet, sollte sich vorher zumindest in der Sache schlaumachen.

(Beifall von der SPD)

Das kommt nicht immer vor, aber auch der Landes- und Bundesvorsitzende der DPoG, Rainer Wendt, hat recht, wenn er am selben Tag in der „BILD-Zeitung“ darauf hinweist – ich zitiere –:

Videokameras ... sind nun wirklich das Letzte, was ... von Belang ist.

Was ist von Belang? Von Belang ist etwas anderes. Damit komme ich zum Haushalt 2009.

Der Einzelplan 03 ist die geronnene Bilanz der Innenpolitik dieser Landesregierung und – das wird man zugeben müssen – ein reichlich trostloser Ausblick auf das begonnene Jahr. Die erste und wichtigste politische Entscheidung der schwarz-gelben Landesregierung im Einzelplan 03 besteht in dem Abbau von 790 Planstellen im Bereich der Polizei. Die Zahl der verbeamteten Polizistinnen und Polizisten fällt somit deutlich unter die Marke von 40.000, nämlich auf genau 38.063 Polizeibeamte, um präzise zu sein.

(Holger Ellerbrock [FDP]: Das stimmt nicht, Herr Kollege Rudolph!)

Die Zahl der Tarifbeschäftigten fällt sogar, geht es nach diesem Haushalt, um 10 %, nämlich um 504 auf 5.762.

Präsidentin Regina van Dinter: Herr Rudolph, erlauben Sie eine Zwischenfrage von Herrn Ellerbrock?

Dr. Karsten Rudolph (SPD): Ich würde gerne weitersprechen. – Damit wird es immer unwahrscheinlicher, dass die viel zu spät erfolgte Verdoppelung der Anwärterzahl den altersbedingten Abbau von Polizeibeamtenstellen auffangen kann. Und – erinnern Sie sich noch? – mehr Polizei hatten Sie beim Antritt der Landesregierung versprochen. Ich sage

Ihnen voraus: Weniger Polizei in Nordrhein-Westfalen wird es bei Ihrem Austritt aus der Regierung 2010 sein.

Was kennzeichnet ansonsten die Tätigkeit der Landesregierung? Die Überschrift kann lauten: Verwalten statt gestalten.

Verwaltet wird die ungünstige Entwicklung der Altersstruktur bei der Polizei.

Verwaltet wird das Auslaufen der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizei-, Feuerwehr- und Justizbeamtenzulage.

Verwaltet wird der Deckelungsbeschluss bei den Planstellen A12 und A13 und damit die geringen Aufstiegsmöglichkeiten bei der Polizei.

Verwaltet werden die zu geringen Beförderungsmöglichkeiten für den mittleren Dienst, um eine schnellere Umsetzung der zweigeteilten Laufbahn herbeizuführen.

Verwaltet wird die Abkopplung der Einkommen im nordrhein-westfälischen Polizeidienst vom Bundespolizeidienst und darüber hinaus die Abkopplung des gesamten öffentlichen Dienstes von der allgemeinen Einkommensentwicklung.

Verwaltet wird die kriminalpolizeiliche Ermittlungsarbeit. Deshalb hat die Kripo bei einer Mitgliederbefragung des BdK der Landesregierung im Oktober 2008 demonstrativ das Vertrauen entzogen.

Verwaltet wird das Polizeiorganisationsgesetz. Hier hat allerdings der Innenminister dem Innenausschuss am 30. Juni 2008 die freudige Mitteilung gemacht – ich zitiere –: Weitere Zusammenlegungen von Polizeibehörden sind in dieser Legislaturperiode nicht vorgesehen. – Das ist immerhin eine gute Nachricht für die Kreispolizeibehörden, weil der Innenminister in diesem Punkt seine Tätigkeit offenbar einstellt hat. Zugleich ist es aber eine Drohung für eine mögliche neue Legislaturperiode.

Verwaltet und nicht gestaltet werden aber auch die überholten Sicherheitsgesetze, die Unsicherheit bei den Behörden und bei den Bürgern gleichermaßen erzeugen. Sie leisten weder eine effektive Bekämpfung des internationalen Terrorismus noch einen effektiven Schutz der bürgerlichen Freiheitsrechte, und das nennt sich so gerne bürgerliches Lager.

Verwaltet werden schließlich auch die zahlreichen Affären und Pannen, ob V-Mann-Affäre oder Fahndungsspannen bei den Mafia-Morden, übereilte Festnahmen am Flughafen Köln/Bonn im Rahmen einer großangelegten Geheimaktion oder das polizeiliche Abreißen israelischer Fahnen während einer Duisburger Demonstration gegen den Gaza-Krieg. Immer waren es allerdings die kleinen Einsatzleiter vor Ort, die büßen und sich rechtfertigen mussten, während der Innenminister seine Hände in Unschuld wusch. Und doch – das ist je-

dermann ersichtlich – hat dieser Innenminister in all diesen Fällen seine Fingerabdrücke hinterlassen.

(Beifall von der SPD)

Was der Innenminister seit seinem Amtsantritt vor über drei Jahren vor allem kultiviert hat, ist das Prinzip der politischen Verantwortungslosigkeit. Da stellt man sich dann gern mit zwei Sätzen hinter eine gewunden erzwungene Entschuldigung eines Polizeipräsidenten und bleibt doch das eigene Urteil und das eigene politische Wort tagelang schuldig. Schließlich verweigert der Innenminister die Verantwortung für die zukünftige Gestaltung des öffentlichen Dienstes im Allgemeinen und des Dienstrechts im Besonderen. Auch hier große Fehlanzeige und Untätigkeit!

Nun müssen Sie nicht meinen, dass das unbemerkt bleibt. Harald Thiemann, der Ehrenvorsitzende der DPoIG, hat kürzlich in einem Kommentar im „Polizeispiegel“ – das ist ja kein Blatt der SPD, wie Sie wissen – geschrieben – ich zitiere ihn hier abschließend –:

Wir hatten schon starke Innenminister in Nordrhein-Westfalen. Es gab in Nordrhein-Westfalen Innenminister, die haben die berechtigten Belange „ihrer“ Polizei ... massiv und konsequent vertreten, auch ohne die sogenannte „Kabinettsdisziplin“ zu verlassen.

Er schreibt weiter:

Der Leser hat Recht, wenn er meint, dass ich von „alten Zeiten“ rede. Denn heute tut sich ja seit Längerem ein ganz anderer Eindruck auf.

Zum Schluss habe ich einen Vorschlag. Ich habe mir angesehen, was Sie mit der WestLB machen wollen; da wollen Sie eine – wie heißt das? – Konsolidierungsbank gründen. Herr Ministerpräsident, mit Blick auf die Regierung und die Leistung in der Innen- und Justizpolitik im Besonderen sollte man vielleicht die Regierungsbank aufteilen in eine Regierungsbank und eine Konsolidierungsbank.

(Beifall von der SPD)

Allerdings fürchte ich: Wenn man solch eine Abteilung für „Bad Government“ bildet, bleibt nichts anderes übrig, als dass alle da hineinmarschieren. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Rudolph. – Für die CDU-Fraktion spricht nun Kollege Kruse.

Theo Kruse (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die öffentliche Sicherheit ist von entscheidender Bedeutung für Freiheit und Recht in einer demokratischen Gesellschaftsordnung. Freiheit und Sicherheit gehören

untrennbar zusammen. Der Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor Verbrechen, vor Gewalt, vor Terrorismus und Extremismus ist eine zentrale Aufgabe des Rechtsstaats.

Die Erfüllung dieser hoheitlichen Aufgabe behält für die neue Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen absolute Priorität. Denn nur eine konsequente Bekämpfung von Kriminalität und ihrer Ursachen ermöglicht eine freiheitliche Gesellschaft. Dem entspricht eine moderne Rechts- und Innenpolitik, die Sicherheit und Freiheit gleichermaßen Geltung verschafft. Dazu sind wirksame Strafgesetze, effektive Sicherheitsbehörden und ein konsequenter Umgang mit Straftätern erforderlich.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, innere Sicherheit, Bürokratieabbau, Datenschutz, Informationsgesellschaft, Sport usw. – die Aufgaben der Innenpolitik sind vielfältig.

Herr Kollege Rudolph, ich vermisste seitens der Opposition und in besonderer Weise bei Ihnen als Historiker jede Bereitschaft, die Grundlage zu akzeptieren, auf der wir als neue Landesregierung 2005 die Arbeit begonnen haben. Nur Kritik zu üben, aber ansonsten für sich keine Anregung, keinen Antrag, keinen Gesetzentwurf einzubringen, ist aus meiner Sicht auf Dauer zu wenig, um als Opposition ernst genommen zu werden.

(Beifall von CDU und FDP)

In der heutigen Debatte möchte ich einige Aspekte kurz ansprechen. Ein Kapitel, welches in der Diskussion über das Feld der Innenpolitik, zumindest in Debatten zum Haushalt, häufig vernachlässigt wird, stellt die Verwaltungsstrukturreform, der Bürokratieabbau, dar.

Ich möchte ins Gedächtnis rufen, dass unsere neue Landesregierung dafür sorgt, dass eine leistungsfähige und moderne Verwaltung diese Aufgabe zukünftig effektiver bewältigt als in der Vergangenheit. Ja, wir haben damit begonnen, klarere Strukturen zu schaffen. Dieser Prozess ist nicht einfach, er erzeugt Widerstände, er erfordert Kraft, und wir brauchen einen langen Atem. Wir wollen die Verwaltungen des Landes auf mehr Leistung und Qualität ausrichten und durch neue Bündelungen und Synergieeffekte stärken. Ja, wir verlagern die Kompetenzen und eine Fülle von Aufgaben dorthin, wohin sie gehören, nämlich vor Ort.

Zitieren möchte ich mit Erlaubnis der Frau Präsidentin aus der Antwort der Landesregierung Drucksache 14/6103 vom 30. Januar 2008, also von vor fast exakt einem Jahr, auf die Anfrage des SPD-Kollegen Bodo Wißen, in der es auch um Verwaltungsstrukturreform ging:

Die Landesregierung hat von ihrer Vorgängerin einen öffentlichen Dienst übernommen, der sicher gute Leistungen erbringt, aber leider deutlich zu groß geworden ist.

Und weiter:

Im Interesse der Generationengerechtigkeit und mit Rücksicht auf unsere Kinder und Enkel kann dies letztlich nur beendet werden, wenn die Staatstätigkeit auf Kernaufgaben reduziert und auch die Personalstärke von ca. 413.000 Beschäftigten im Jahr 2005 mittel- und langfristig signifikant reduziert wird. Weitreichende Reformen sind unverzichtbar zur Erreichung der politischen Ziele.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es geht darum, in diesem Jahr und auch in den Folgejahren die staatliche Verwaltung in Nordrhein-Westfalen auf ihre klassischen Aufgaben zurückzuführen. Wir haben damit begonnen, unübersichtliche Kompetenzen zu entflechten, Transparenz und Ergebnisverantwortung im Verwaltungshandeln zu erhöhen.

So haben wir seit 2005 die Auflösung von bis dahin 130 selbstständigen Verwaltungseinheiten beschlossen. Das sind ca. 13 % des Bestandes von annähernd 1.000 Behörden, Einrichtungen und Betrieben in der Landesverwaltung. Zu einer sinnvollen und vernünftigen Verschlinkung der Landesverwaltung gibt es – ernsthaft diskutiert – keine Alternative.

Diesen eingeschlagenen Kurs werden wir über die nächsten Wahltermine hinaus vernünftig und behutsam fortsetzen. Im Übrigen sei daran erinnert, dass auch frühere Landesregierungen die Notwendigkeit des Bürokratieabbaus erkannt hatten. Aber sowohl Ministerpräsident Steinbrück als auch Ministerpräsident Clement sind an der Umsetzung kläglich gescheitert bzw. haben die notwendige Kraft nicht aufgebracht.

Ich möchte einen zweiten Aspekt ansprechen: Natürlich steht in diesen Wochen die Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise ganz oben auf der Tagesordnung. Die Wirtschaft ist die Grundlage unserer nationalen und auch der internationalen Gesellschaftsordnung. Zurzeit wird besonders deutlich, dass wir alle von Entwicklungen und Veränderungen in der Wirtschaft unmittelbar betroffen sind.

Es gibt, verehrte Kolleginnen und Kollegen, wie wir alle wissen, auch eine kriminelle Seite der Krise. Meldungen über Insidergeschäfte, Machtmanipulation, illegale Vorgänge an der Börse, kriminelle Transaktionen, gefälschte Bilanzen und Korruptionsskandale dominieren derzeit vielfach die Medien.

Ganz sicher besteht Einigkeit darin: Wirtschafts- und Finanzkriminalität müssen genauso bekämpft werden wie Gewalt- und Eigentumsdelikte. Somit bewegen sich die Sicherheitsbehörden und die Strafverfolgungsorgane in einem Spannungsfeld. Wir brauchen national und international einen klaren, ordnungspolitischen Rahmen. Der wird aber nur so viel wert sein, wie der Staat auf allen Ebenen

gewillt und in der Lage ist, ihn durchzusetzen und Verstöße konsequent zu ahnden.

Die Bekämpfung der Finanz- und Wirtschaftskrise sowie der organisierten Kriminalität erfordert in den nächsten Jahren aus unserer Sicht mehr Fachleute und eine stetig bessere Ausstattung mit Technik. Sie erfordert von uns allen eine deutlich erhöhte Aufmerksamkeit.

Ein dritter Aspekt, meine sehr verehrten Damen und Herren, sei angesprochen: Der islamistische Terrorismus stellt heute mit die größte Gefahr für unsere Sicherheit dar. Er ist eine globale Bedrohung aller westlichen Gesellschaften. Deutschland gerät zunehmend in sein Blickfeld. Bislang konnten dank der Aufmerksamkeit der Sicherheitsbehörden schwere Anschläge verhindert werden. Aber die Bedrohung bleibt.

Terrorismusbekämpfung ist daher auch weiterhin vorrangige Aufgabe der inneren Sicherheit und eine gemeinsame Aufgabe von Bund und Ländern. Die Behörden arbeiten eng zusammen, damit alle Formen der Kriminalität noch wirksamer bekämpft werden können. Die Verbesserung der Sicherheitsarchitektur in Nordrhein-Westfalen und in Deutschland sowie die internationale Zusammenarbeit sind und bleiben ein fortlaufender Prozess.

Ein letzter Aspekt, den Herr Kollege Rudolph angesprochen hat, ist die leidige Diskussion um die Personalentwicklung bei der Polizei in Nordrhein-Westfalen. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir haben in NRW im vergangenen Jahr – ganz sicher zu spät – damit begonnen, eine langfristige Personalentwicklung bei der Polizei ernsthafter in den Blick zu nehmen als alle Landesregierungen je zuvor und uns dem Wandel der Altersstruktur zu stellen. In diesem und voraussichtlich auch im nächsten Jahr stellt die Landesregierung jährlich 1.100 Polizeianwärterinnen und Polizeianwärter ein. Die Ergebnisse dieser langfristig ausgerichteten Personalentwicklung sind nicht von heute auf morgen zu erzielen. Die Umsetzung erfordert natürlich Zeit.

Nur nebenbei angemerkt sei, dass frühere Oppositionen frühere Landesregierungen schon am Ende der vorletzten Periode aufgefordert haben, ein zukunftssträchtiges, langfristiges Personalentwicklungskonzept auf den Weg zu bringen, das Rot-Grün bedauerlicherweise immer abgelehnt hat.

Wir verdoppeln derzeit die Zahl der Neueinstellungen im Vergleich zur Vorgängerregierung. Das ist aus unserer Sicht ein erheblicher finanzieller Kraftakt. Wir stellen uns aber dieser Notwendigkeit und sind bereit, in die Zukunft der Bewahrung der inneren Sicherheit bzw. in eine zukunftssträchtige Polizeistruktur zu investieren.

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, der Einzelplan 03 behält auch in diesem Jahr die klassische Kernaufgabe des Landes Nordrhein-Westfalen im Blick und leistet aus unserer

Sicht einen Beitrag zur Stabilisierung der Staatsfinanzen. Im Namen der CDU-Fraktion bitte ich um Zustimmung zum Einzelplan 03 und bedanke mich sehr herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Kruse. – Für die Fraktion der FDP spricht nun Kollege Engel.

Horst Engel (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die FDP steht für eine glaubwürdige, kompetente und seriöse Innenpolitik.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Als ordnender Kompass setzen wir uns für die richtige Balance zwischen der Sicherheit der Menschen vor Straftaten und der Bewahrung der Freiheit und Privatheit der Bürger ein. Der Instrumentenkasten der Sicherheitsbehörden und der dazugehörige Rechtsrahmen kennen viele Maßnahmen. Sie reichen aus.

Wer dem Bürger mehr Sicherheit bieten will, der schafft das nur, wenn er mehr Polizeibeamte auf die Straße bringt. „Mehr fahnden statt verwalten“

(Zurufe von der SPD: Oh!)

ist seit Regierungsübernahme unser Obersatz. Das Ziel muss angesichts der von Rot-Grün vererbten katastrophalen Haushaltslage die Stärkung der inneren Sicherheit in Nordrhein-Westfalen durch eine effiziente und effektiv eingesetzte Polizei sein.

Wir haben die Binnenstruktur überprüft und so optimiert, dass erstens weitere Verbesserungs- und Entlastungsmöglichkeiten erreicht wurden, zweitens eine deutliche Anzahl von Kräften für den operativen Dienst auf der Straße und am Bürger zurückgewonnen werden konnte und drittens ein bestmöglicher Einsatz der vorhandenen Personalressourcen gewährleistet ist.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, öffentliche Sicherheit wird täglich und unmittelbar durch jeden Menschen spürbar erlebt. Sie ist maßgeblicher Faktor für eine freiheitliche Lebensqualität und schon deshalb für die FDP von hoher Bedeutung. Das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung orientiert sich nicht nur an den Zahlen der alljährlichen polizeilichen Kriminalstatistik, sondern auch an der sogenannten gefühlten Wirklichkeit.

Die gesellschaftliche Wahrnehmung des Sicherheitsgefühls hängt von vielen Faktoren ab, wie etwa von belästigenden Verhaltensweisen anderer Personen oder Gruppen, der Gestaltung und des Zustands bestimmter örtlicher Bereiche, und ist heute auch vermehrt der medialen Bilddarstellung über einige besonders emotionalisierende Taten geschuldet.

Sei es seine Stadt, sein Stadtteil, seine Straße, sein Platz, seine U-Bahn-Haltestelle, das Umfeld seiner Wohnung oder seines Hauses: Auch wenn das Empfinden der Menschen mit der objektiven Sicherheitslage im Einzelfall nicht immer übereinstimmt, ist es unser Anspruch, das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen zu stärken.

In Gegenden oder Bereichen, wo der Bürger das Gefühl entwickelt, wachsamer oder vorsichtiger sein zu müssen, helfen allein die regelmäßige Präsenz der Polizei und anderer Behörden, deren koordinierte Zusammenarbeit und ihr gemeinsames entschlossenes Auftreten. Die Polizei muss als Freund und Helfer der Ansprechpartner und Dienstleister des Bürgers vor Ort sein.

Die Regierungskoalition mit unserem Innenminister Wolf setzt sich seit Regierungsübernahme mit aller Kraft für mehr Schutz und Sicherheit, insbesondere für mehr Ansprechbarkeit und Präsenz der zuständigen Behörden und Beamten vor Ort ein. Viele sinnvolle Maßnahmen, etwa gegen Jugendkriminalität und andere Delikte, wurden in NRW auf den Weg gebracht.

Andere Initiativen richten sich gegen die Entwicklung von gefühlten Angsträumen. Hierbei ist es der Anspruch der FDP, frühzeitig und konsequent sinnvolle und bewährte Maßnahmen zu ergreifen, dabei aber mit dem notwendigen Augenmaß und der erforderlichen Sensibilität für die Persönlichkeits- und Freiheitsrechte aller sonstigen betroffenen Bürger und unter Wahrung der Verhältnismäßigkeit zu agieren.

(Beifall von der FDP)

Auch das Thema Datenschutz ist für uns Liberale ein wichtiger Aspekt in der Abwägung, ob und in welchem Umfang staatliche Maßnahmen Zustimmungswürdig sind. Die Balance ist letztlich das Entscheidende.

Die FDP setzt zur Verbesserung von subjektiver und objektiver Sicherheit insbesondere auf die Optimierung und den Ausbau der rund 900 in NRW existierenden, gut funktionierenden Ordnungspartnerschaften, wo alle Verantwortlichen im Land und vor Ort ihre Kräfte durch gute Koordination, Kommunikation und noch stärkere Kooperation bündeln. Die Polizei arbeitet hier mit anderen Verantwortungsträgern, in erster Linie mit den kommunalen Ordnungs-, Sozial- und Jugendämtern, aber auch mit der Bundespolizei als Bahnpolizei, mit Verkehrsunternehmen, Schulen, Einzelhandel und Drogenberatungsstellen intensiv zusammen.

Das Konzept von Partnerschaft, Präsenz und Prävention ist in vielfältiger Weise angenommen worden. Neben der Sicherheit in Bahnen und auf Bahnhöfen gibt es viele weitere Vorbeugemaßnahmen, Projekte zur Gewaltvermeidung an Schulen, Initiativen zur Verhinderung von Kinderunfällen, die

Einrichtung von Stadtwachen – zum Beispiel B.O.S.S: in Paderborn und „Safe & Co.“ in Rheine, um nur zwei beispielhaft zu nennen – oder auch Projekte zur Integration jugendlicher Aussiedler. Dazu gehört auch die Verstärkung der polizeilichen Präsenz zum Beispiel durch den Einsatz von Fuß- und Radstreifen und die Einbindung des Bezirksdienstes des sogenannten Schutzmannes an der Ecke.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben in NRW – und dafür gebührt Innenminister Wolf auch Dank – seit der Regierungsübernahme für weitreichende Verbesserungen bei der Sach- und Personalausstattung der Polizei gesorgt. Die bisherigen Kosten dafür sind enorm. Allein im Haushalt 2009 steigt das Ausgabenvolumen des Einzelplans 03 für den Bereich Polizei um 125 Millionen € auf sage und schreibe 2,5 Milliarden €. Der Sachhaushalt wird um 50 Millionen €, die Personalausgaben werden um 95 Millionen € erhöht.

Wegen der Kürze der Zeit möchte ich nur einige Maßnahmen aufzählen, die seit 2005 für die Polizei ergriffen worden sind. Herr Kollege Rudolf, Sie wissen, ich schätze Sie sehr, aber jetzt kommen Sie in meine persönliche Ohrfeigenmaschine.

(Edgar Moron [SPD]: Ach, Herr Kollege! –
Zuruf von Dr. Karsten Rudolph [SPD])

– Ja, und mit hoher Frequenz!

Erstens. Seit 2005 haben wir dafür gesorgt, dass der Polizei in Nordrhein-Westfalen 841 Stellen, die nach Plänen Ihrer alten rot-grünen Regierung nicht wieder besetzt werden sollten – da waren kw-Vermerke ausgebracht –, erhalten bleiben. 841 Stellen! Das kostet viel Geld, aber dient der Sicherheit in unserem Land.

Zweitens. Wir haben die Zahl der Einstellungsermächtigungen bei der Polizei – das haben wir schon gehört – mehr als verdoppelt, von 500 auf 1.100 im Jahr. Seit September 2008 sind die ersten Beamten aus dieser Einstellungswelle an der Schippe – „Ausbildungsschippe“ ist damit gemeint.

Drittens. Es gibt eine uneingeschränkte Beibehaltung und Umsetzung der zweigeteilten Laufbahn. 2008 wurden 835 Stellen des mittleren Dienstes in solche des gehobenen Dienstes umgewandelt. Rund 800 Stellen werden es 2009 sein.

Viertens. Seit 2005: ca. 16.000 Beförderungen in der Polizei. Beginnend 2005 werden es bis 2014 jedes Jahr alleine 1.300 zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten nach A 11 sein.

Fünftens. Trotz aller Konsolidierungsnotwendigkeiten gibt es keine Kürzung im Polizeihaushalt. Es wird um keinen Cent gekürzt, sondern es gibt einen überproportionalen Anstieg: 2008 um gut 130 Millionen € und 2009 um noch einmal 125 Millionen € für die innere Sicherheit unseres Landes.

Sechstens. Es gibt das Leasing neuester und modernster Dienstwagen mit Sonderausstattung. Das ist der vollständige Austausch aller Funkstreifenwagen. Jedes Jahr werden 1.000 neue Wagen geleast. Damit ist kein Funkstreifenwagen älter als zwei Jahre. Hierfür werden jährlich rund 12 Millionen € aufgewandt.

Siebtens. In allen Funkstreifenwagen gibt es als Sonderausstattung ein hochmodernes Videosystem zur Eigensicherung der Beamten. Innerhalb von vier Jahren werden alle 30.000 PC fortlaufend ausgetauscht. Das bedeutet: Pro Jahr werden etwa 8.000 neue PC oder Notebooks beschafft, alleine 2008 mit einem Finanzaufwand von 8 Millionen €. Damit ist kein einziger Rechner älter als vier Jahre.

Ich schenke mir jetzt die weiteren Ausführungen und komme am Schluss zur Verwaltungs- und Strukturreform. Meine Vorredner – zumindest Herr Rudolf – sind kaum darauf eingegangen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, seit der Übernahme der Regierungsverantwortung 2005 haben wir uns für weniger Staat und mehr Selbstverwaltung eingesetzt. Ein wichtiges Ziel der Koalition ist die Beseitigung von Überregulierung und unnötiger Bürokratie.

Das ist kein Wunder, denn wir stellen mit Ingo Wolf einen Liberalen als Innenminister. Wir wollen den Staat auf seine Kernaufgaben reduzieren und ihn dadurch stärken. Weniger Staat bedeutet auch weniger Behörden und Landeseinrichtungen. Für uns gilt das Subsidiaritätsprinzip nach dem Motto, dass nur die Aufgaben durch das Land wahrzunehmen sind, die der Einzelne nicht lösen kann. Außerdem wollen wir die Zuständigkeit immer so nah wie möglich bei den Beteiligten und Betroffenen haben.

Wir haben bis heute – auch geschuldet dem Aktionsplan 2006 bis 2009 – 65 Maßnahmen zur Modernisierung der Verwaltung umgesetzt. Für die Damen und Herren auf der Tribüne: Wir haben bis heute 138 Behörden und Landeseinrichtungen weniger. Da wir aber auch zwölf geschaffen haben, sind das netto 126 Behörden weniger als 2005.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diesen Weg werden wir unbeirrt fortsetzen. Da gibt es noch viel zu tun. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von FDP und CDU)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Engel. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Düker.

Monika Düker (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das zurückliegende Jahr 2008 war das Jahr der Datenschutzskandale. Der Präsident des Bundesverfassungsgerichts Papier hat es auf den Punkt ge-

bracht, als er in einer Ansprache sagte: Wir befinden uns auf dem Weg zu einer privaten Überwachungsgesellschaft internationalen Ausmaßes.

Ich will das nur noch einmal in Erinnerung rufen: Auch hier in Nordrhein-Westfalen hatten wir Überwachungsskandale, beispielsweise bei Tönnies. Wir hatten die Situation bei der Telekom. Sie kennen diese Datenschutzskandale; sie sind noch in guter Erinnerung.

Alle Skandale kennzeichnete eines, nämlich dass Daten inzwischen in unserer Gesellschaft zu einem Wirtschaftsgut geworden sind, mit dem man Geld verdienen kann und das automatisch kriminelle Energie nach sich zieht. Wir haben es hier mit einer neuen Form von Wirtschaftskriminalität zu tun, mit der Millionen verdient werden können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, was macht das Land, um dieser kriminellen Entwicklung Einhalt zu gebieten? – Wir haben die Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit, die für den öffentlichen und für den nichtöffentlichen Bereich eine Kontrollinstanz sein soll, um genau in diese Strukturen hineinzugehen, um beispielsweise Datenschutzstandards in Callcentern zu kontrollieren, wo Daten einmal eben per CD oder USB-Stick verschwinden. Sie hat die Aufgabe, Arbeitnehmerdatenschutz zu gewährleisten und etwa zu kontrollieren, wo bei Lidl und Tönnies die Arbeitnehmer mit Videokameras bis in die intimsten Bereiche hinein überwacht werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie viele Stellen gewährt der Innenminister der Landesdatenschutzbeauftragten für diesen privaten, nichtöffentlichen Bereich? – Zehn Stellen. Es sind zehn Stellen, mit denen in einem Land mit 18 Millionen Einwohnern ein effektiver Schutz von Persönlichkeitsrechten gewährleistet werden soll. Darüber hinaus schafft der Minister es in seiner Leistungsbilanz beim Datenschutz, die Stellen weiter zu kürzen.

Die Landesbeauftragte ist im Jahr 2005 mit 50 Stellen gestartet. Um das in Erinnerung zu rufen: Unter Rot-Grün haben wir die Datenschutzbeauftragten mit zusätzlichen Stellen ausgestattet. Herr Engel, Sie wissen es genau. In den Zeiten nach dem 11. September 2001, als alle nach mehr Sicherheit gerufen haben, haben wir gesagt: Wir brauchen auch eine Schutzfunktion beim Datenschutz.

(Beifall von den GRÜNEN)

Herr Minister, Sie haben es geschafft, das Plus von fünf Stellen in Ihrer Regierungszeit wieder abzubauen. Wir sind inzwischen im Haushaltsplan 2009 auf 45 Stellen herunter. Das heißt, Sie reagieren auf diese Datenschutzskandale, auf eine erhöhte Verunsicherung der Menschen, was ihre persönlichen Daten und ihren Persönlichkeitsschutz betrifft, mit Abbau anstatt mit Ausbau des Datenschutzes.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist blamabel für einen liberalen Innenminister, wenn man sieht, was in Berlin aus der Opposition rhetorisch immer wieder zu hören ist. Im realen Regierungshandeln entlarvt die FDP ihr wahres Gesicht. Datenschutz ist eben nicht auf Ihrer Prioritätenliste, Herr Engel.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das können Sie im Haushaltsplan im Einzelplan 03 nachlesen.

Innenminister Wolfs Leistungsbilanz ist nicht nur beim Datenschutz desaströs. Herr Minister, Sie haben sich inzwischen zu einer effektiven Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für die Verfassungsgerichte entwickelt. Schauen wir einmal, was da alles so angestellt wurde.

Letztes Jahr im Februar hat Karlsruhe das Verfassungsschutzgesetz gekippt, null und nichtig.

Vor Kurzem – wir werden es morgen hier nachbessern müssen – ist das Grundmandat im Kommunalwahlgesetz vom Verfassungsgerichtshof Münster für verfassungswidrig erklärt worden. Wohl wissend haben Sie hier das Grundmandat in das Kommunalwahlgesetz geschrieben, ohne die nötigen Erklärungen und Argumentationen, die verfassungsrechtlich geboten waren, mit hineinzuschreiben.

Man muss dazusagen, was alles noch anhängig ist. Zu Ihrer tollen Verwaltungsstrukturreform, Herr Engel, die Sie gerade so gelobt haben, sind etliche Verfahren anhängig, von etlichen Kommunen. Auch darüber wird noch zu entscheiden sein. Wir haben nach wie vor auch noch das Verfahren zum Wahltermin anhängig. Die Entscheidung steht im Februar an.

Ich finde, Herr Minister, diese verfassungsrechtliche Bilanz, welche Gesetze Karlsruhe und Münster Ihnen um die Ohren gehauen haben, ist blamabel für einen Minister, der eigentlich für den Schutz unserer Verfassung zuständig ist,

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

aber hier mit seinen Gesetzen nachhaltig Verfassungsbruch begeht.

Schauen wir auf die Kernkompetenz des Innenministers und kommen zu Ihren Jubelorgien, Herr Engel, zum Thema Polizei: Nach wie vor haben Sie es mit Ihrer Regierungskoalition nicht geschafft, die Funktionsfähigkeit der Polizei in Nordrhein-Westfalen zukunftssicher und zukunftsfähig zu machen. Wir haben nach wie vor, nach zwei Polizeiorganisationsgesetzen, 47 Polizeibehörden, mehr als alle anderen Bundesländer zusammen.

Sie wissen es ganz genau: Mit Ihrer Kernforderung, Herr Engel, haben Sie sich nicht durchsetzen können. Sie ist aber richtig und notwendig für eine umfassende Polizeistrukturereform, nämlich dass wir hier zersplitterte Zuständigkeiten der Polizeibehörden zusammenführen, dass wir leistungsfähige

einheitliche Polizeistrukturen schaffen und nicht nur im äußeren Aufbau, sondern auch im inneren Aufbau eine innovative Aufbau- und Ablauforganisation schaffen.

Hier geht es frei nach dem Motto „Jeder darf machen, wie er will“. Hier wird nicht vernünftig evaluiert, ausgewertet und reformiert, sondern hier gilt „Murks statt Konzept“ und jeder macht, wie er will.

Anstatt eine vernünftige Polizeistrukturereform auf den Weg zu bringen, schreit die CDU-Fraktion nach mehr Videoüberwachung. Lieber Herr Kruse, schicken Sie Ihre Polizei auf die Straße, schaffen Sie eine vernünftige funktionsfähige, zukunftsfähige Polizei, dann brauchen Sie diese Videokameras nicht. Wir brauchen sie schlichtweg nicht. Damit lenken Sie nur von den Problemen ab, die wir bei der inneren Sicherheit in Nordrhein-Westfalen haben.

Polizeigesetz. Auch hier: Still ruht der See. Wo bleibt die Reform des Polizeigesetzes? – Das, was er getan hat, ist – das hat sich gezeigt – in Karlsruhe gescheitert. Aber das, was er nicht tut, ist fast noch viel schlimmer. Herr Minister, Sie machen die Gesetze nicht verfassungskonform. Ein Jahr nach dem Urteil von Karlsruhe haben Sie es noch nicht geschafft, die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts in das Verfassungsschutzgesetz und ins Polizeigesetz zu übertragen. Der Lauschangriff, der in unserem Polizeigesetz steht, ist verfassungswidrig, er ist nicht verfassungskonform. Sie schaffen es nicht, Ihre Sicherheitsgesetze auf eine verfassungskonforme Grundlage zu stellen.

Sie ignorieren komplett Evaluierungspflichten, und das gerade auch bei Bürgerrechtseingriffen. Die FDP, die Bürgerrechtspartei, hat doch gefordert, als wir von Rot-Grün das Polizeigesetz überarbeitet haben, dass bei Bürgerrechtseingriffen richtigerweise Evaluierungspflichten – Stichworte: Platzverweis, Rasterfahndung – eingeführt werden. Das muss evaluiert werden. Das ist ein ganz sensibler Bereich. Was passiert? – Nichts. Die Evaluierung dieser Bürgerrechtseingriffe ist über ein Jahr überfällig. Und was sagen Sie im Innenausschuss? Dass es zeitnah erledigt wird.

Nichts wird erledigt. Sie machen Ihre Hausaufgaben nicht, Ihr Polizei- und Verfassungsschutzgesetz ist nicht verfassungskonform. Das, was Sie machen, scheitert an den Gerichten. Herr Minister, Sie haben bewiesen, dass Sie als Innenminister eine der schlechtesten, ich würde sagen, die schlechteste Bilanz auf den Tisch legen, die es in diesem Land je gegeben hat.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Bei Ihnen ist weder die innere Sicherheit in guten Händen, noch sind es unsere Bürgerrechte und unsere Freiheit.

Der Einzelplan 03, insbesondere was die Bürgerrechte angeht – ich nenne als Beispiel den Datenschutz –, ist für Sie kein Ruhmesblatt. Sie, gerade als liberaler Minister, legen uns damit eine desaströse Bilanz auf den Tisch. Deswegen werden wir dem auch nicht zustimmen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Düker. – Für die Landesregierung spricht nun der Innenminister Herr Dr. Wolf.

Dr. Ingo Wolf, Innenminister: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nachdem der Redner der SPD-Fraktion fünf Minuten lang nicht zum Thema gesprochen hat, hat er uns dann in den zweiten fünf Minuten ein Zerrbild der schwarz-gelben Regierungspolitik geboten, in dem es von Falschdarstellungen nur so wimmelte. Es ist in der zur Verfügung stehenden Zeit gar nicht möglich, auf alles das einzugehen, was falsch in den Raum gestellt worden ist. Ich will deshalb nur einige Punkte herausgreifen.

Thema Altersaufbau. Sie wollen uns doch nicht ernstlich erklären, dass die Überalterung des Polizeikörpers, die Sie beklagen, in den letzten dreieinhalb Jahren, also während unserer Regierungszeit, eingetreten ist. So etwas ist doch schlichtweg irre.

(Beifall von der FDP)

Das Gegenteil ist richtig. Wir sind die Ersten, die mit einem massiven Aufwuchs von Neueinstellungen, mit einer mehr als Verdoppelung auf 1.100, jetzt schon angefangen haben gegenzusteuern, und das zu einem Zeitpunkt, zu dem die Pensionierungen noch gar nicht stattfinden. Wir sagen jetzt schon: Jawohl, wir wollen eine Verjüngung und wir wollen nicht mehr einen gewissen „Bauch“ von gleichzeitigen Pensionierungen an einer Stelle. Meine Damen und Herren, das ist das Ziel einer weitsichtigen, zukunftsgerichteten Personalpolitik.

Dadurch, dass wir bei dieser Gelegenheit auch die zweigeteilte Laufbahn zielgerichtet vollenden und stellenplantechnisch mittlerweile bei 100 % sind, wobei 94 % der Kolleginnen und Kollegen bereits im gehobenen Dienst sind, sind wir bundesweit ganz vorne dabei. Darüber hinaus sind viele Sozialleistungen bei uns besser als in anderen Bundesländern.

Meine Damen und Herren, die Polizeistrukturenreform kommt immer wieder aufs Tapet. Ich meine, wir sind auch an dieser Stelle Maßstab, weil wir nämlich etwas verändert haben, was Sie in all den Jahren, die Sie Zeit hatten, überhaupt nicht angepackt haben. Sie haben immer Reformkonstruktionen nach draußen getragen, Sie haben erklärt, was Sie eventuell machen könnten, aber Sie haben niemals etwas gemacht.

Wir haben reduziert, wir haben bei der Gelegenheit verschlankt, und wir haben, wie Herr Engel zu Recht gesagt hat, endlich das Thema „Mehr fahnden statt verwalten!“ ernst genommen, beispielsweise durch eine einheitliche Leitstelle in Neuss. Dafür sind fünf andere Leitstellen der Bezirksregierungen aufgelöst worden, wodurch die Hälfte der Kolleginnen und Kollegen in den operativen Bereich gekommen sind. Das sind klassische praktische Beispiele. Offensichtlich verstehen Sie davon nichts oder Sie wollen davon nichts verstehen, meine Damen und Herren.

Was die Sicherheitsgesetze angeht, ist dieses, wie wir wissen, in allen Bundesländern, aber auch im Bund ein schwieriges Thema. Wir haben die Verfassungsgerichtsrechtsprechung zu berücksichtigen; und an der einen oder anderen Stelle kommt auch immer wieder etwas Neues. Ich erinnere daran, dass sich das Bundesverfassungsgericht noch Ende letzten Jahres zu einigen Themen neu geäußert hat. So sind alle Länder dabei, eine entsprechende Anpassung vorzunehmen.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)

Was die Frage von verfassungswidrigen Gesetzen angeht, Frau Düker, wundere ich mich über Ihre Chuzpe. Wer selbst das Flugzeugabschussgesetz in Berlin konstruiert hat, wer das Landespersonalvertretungsgesetz jahrelang hat verfassungswidrig leben lassen, die verfassungswidrige Wohnraumüberwachung nicht angepackt hat und die 5-%-Klausel 1999 hat kippen lassen, der ist auf dem Gebiet einfach nicht satisfaktionsfähig.

(Zuruf von Monika Düker [GRÜNE])

Sie haben das alles nicht hinbekommen. Wir machen das jetzt mit Gründlichkeit. Wir werden uns an die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts halten, die ja im letzten Jahr gleich zweimal neu gemacht worden sind – mit der Schaffung eines neuen Grundrechts, was niemand, auch Sie nicht, vorhersehen konnte; niemand wusste, dass ein neues Grundrecht geschaffen wird. Das werden wir umsetzen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP)

Dazu können Sie aus meiner Sicht überhaupt nichts beisteuern, weil Sie am Ende gar nicht mitmachen wollen. Herr Kollege Rudolph hat nicht einmal sein eigenes Videoüberwachungsgesetz mitgetragen, das er vor fünf Jahren selbst mit beschlossen hat. Daran sieht man, wie pharisäerhaft dieses Angebot, wir würden ja gerne etwas mit euch zusammen machen, ist. Wir wissen doch, dass Sie es nicht wollen. Dann sagen Sie es doch auch. Wir erwarten auch gar nicht Ihre Zustimmung zu unseren Gesetzen. Das ist nun mal meine Erfahrung nach dreieinhalb Jahren.

Beim Thema Datenschutz kann man relativ schnell kontern, Frau Düker. Wir haben eine bessere Per-

sonalausstattung. Aufgabe der Behörde ist, auch durch interne Gestaltung die Aufgaben mit den notwendigen Schwerpunkten wahrzunehmen. Das muss jeder bei uns leisten; das wird auch hierbei verlangt.

Wir haben die Dienstrechtsreform auf der Tagesordnung.

(Widerspruch von Monika Düker [GRÜNE])

Natürlich ist das in einem ersten grundlegenden Aufguss bereits im parlamentarischen Verfahren. Wir sind aber wie andere Länder – der Bund hat auch ein Gesetz vorgelegt, das beim Umfang der Regelungen noch Weiterungen zulässt – dabei, ein umfassendes Paket zu schnüren. Dabei geht es um leistungsgerechte Besoldung, um Altersversorgungsportabilitäten, um Anwartschaftsübernahmen usw. Das ist aus meiner Sicht ein vernünftiges Unterfangen. Wir werden das in einem breiten Diskurs mit externer fachkundiger Unterstützung auf den Weg bringen. Denn hierbei sollte nichts übers Knie gebrochen werden, meine Damen und Herren. Das ist ein sehr komplexes Thema.

(Zuruf von Monika Düker [GRÜNE])

Ich bin sehr dankbar, dass die Kollegen aus den Koalitionsfraktionen auch das Thema Verwaltungsstrukturenreform vorgebracht haben. Meine Damen und Herren, auch hierbei gab es bei Ihnen jahre- und jahrzehntelang Fehlanzeige. Sie haben über das gesprochen, was man machen könnte, aber nichts umgesetzt.

Die fast 140 Behörden, die wir abgeschafft haben, sind Beweis dafür, dass wir etwas tun. Wir haben nicht nur Behörden zusammengelegt, sondern wir haben auch Stellen reduziert. Der Abbau von 12.000 Stellen im Verwaltungsbereich in vier Jahren ist eine beachtliche Leistung.

(Beifall von der FDP)

Dabei waren diese Stellen nicht im Bürger- oder Servicebereich, sondern im sogenannten Backoffice angesiedelt. Hierbei ist eine Menge geschehen. Das kann sich absolut sehen lassen!

(Beifall von CDU und FDP)

Der Gesamthaushalt des Innenministeriums wächst in diesem Jahr um 187 Millionen € auf 4,566 Milliarden €. Das zeigt: Wir werden der innenpolitischen Verantwortung mit Augenmaß gerecht. So haben wir es bisher gemacht; so wird es diese Koalition auch in Zukunft tun. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister Dr. Wolf. – Meine Damen und Herren, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, zu diesem Teilbereich liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen nun zum

Teilbereich Sport

Ich darf als erstem Redner dem Kollegen Peschkes für die Fraktion der SPD das Wort geben. Bitte schön, Herr Kollege Peschkes.

Hans-Theodor Peschkes (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Schon zu Beginn dieser Rede muss ich feststellen: Auch im vierten Sporthaushalt, den der Sportminister vorlegt, kann von einem großen Wurf wahrlich nicht die Rede sein. Fortschritte gegenüber den Vorjahren sind nicht erkennbar.

Herr Minister Wolf, Sie scheinen mit dem 1.000-mal-1.000-Programm so etwas wie eine Wunderwaffe gefunden zu haben, um von Ihrer verfehlten Sportpolitik abzulenken. Damit erliegen Sie einem großen Irrtum. Bei diesem Programm sollen 1.000 Vereine jeweils für ein Jahr 1.000 € bekommen, um besondere Maßnahmen der Gesundheitsprävention und der Integration zu unterstützen. Genaues weiß allerdings niemand – weder der LandesSportBund noch die Vereine.

Dieses 1.000-mal-1.000-Programm ist eine Gießkannenförderung, die den 1.000 Vereinen wenig nutzt, aber dafür den Sporthaushalt sehr belastet. Der Vorstandsvorsitzende des LandesSportBundes, Dr. Niessen, sagte hierzu in der Anhörung – ich zitiere –: Unsere Sorge ist, dass dies wie eine Wunderkerze verpufft und noch nicht einmal Rauch hinterlässt, wenn es nur ein Jahr passiert. Wir wissen ja alle, wann die nächsten Wahlen sind. – Das sagt genug!

(Beifall von der SPD)

Herr Minister Dr. Wolf, wenn Sie etwas für den Sport und für eine echte Sportstruktur in diesem Land tun wollen, setzen Sie diese 1 Million € zielgerichtet für die Nachwuchsförderung ein!

(Beifall von der SPD)

Ich rate Ihnen: Schaffen Sie qualifizierte Trainerstellen, denn sie besitzen einen wesentlich höheren Mehrwert für den Sport als die Verteilung von 1 Million € mit der Gießkanne.

(Beifall von der SPD)

Kurz nach den Olympischen Spielen in Peking haben wir im Plenum den Antrag der SPD-Fraktion zur Förderung des Nachwuchsleistungssports beraten. Herr Dr. Wolf, ich konstatiere, dass Sie damals, auch wenn Sie gegen den Antrag gesprochen haben, in einer bemerkenswert guten Rede auf die Strukturprobleme im Leistungssport und auf die Defizite in den Kernsportarten hingewiesen haben, die durch die Olympischen Spiele aufgedeckt wurden. Sie waren außer uns von der SPD-Fraktion

einer der wenigen Sportpolitiker, die diese Problematik erkannt hatten.

(Zuruf von der SPD: Er ist doch kein Sportpolitiker!)

Kurzfristig hatte ich die Hoffnung, Sie würden etwas ändern. Aber ich habe mich getäuscht. Ein wirkliches Konzept zur Nachwuchsförderung fehlt heute noch.

Deshalb gebe ich Ihnen den Hinweis: Folgen Sie dem Rat der Vizepräsidentin des LandesSportBundes, Frau Hinnemann, die nicht der SPD angehört; liebe Kollegen von der CDU, Sie wissen ja, wo sie demnächst sitzen wird. Sie empfiehlt ihrem eigenen Sportminister, diese 1 Million € dem Nachwuchssport in Form von Trainerstellen zur Verfügung zu stellen.

Wer die Situation im Leistungssport kennt und weiß, unter welchen Bedingungen die Trainer arbeiten müssen – Sie müssen mehr Zeit für Verwaltungsarbeit als für reine Trainingsarbeit aufwenden – und dass viele nur auf 400-€-Basis arbeiten, wird Ihnen, Herr Dr. Wolf, raten, um das Leistungsniveau in den Kernsportarten zu heben: Setzen Sie Ihr 1.000-mal-1.000-€-Programm zugunsten einer wirklich strukturbildenden Sportpolitik ein.

Wir von der SPD haben den entsprechenden Antrag gestellt. Nach Ihrer Rede, die ich eben erwähnt habe, müssten Sie diesem Antrag eigentlich zustimmen. Damit täten Sie dem Sportland NRW einen echten Gefallen.

Der Sport führt bei dieser Landesregierung nur ein Schattendasein; eine Besserung ist nicht in Sicht, schade! – Danke fürs Zuhören!

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Peschkes. – Als nächster Redner hat der Kollege Müller für die Fraktion der CDU das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Holger Müller (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss konstatieren: Die Rede des Herrn Peschkes war auch schon schlimmer.

(Heiterkeit von CDU und FDP – Bodo Wißen [SPD]: Die Rede war hervorragend! – Weitere Zurufe)

Denn außer dem 1.000-mal-1.000-Programm ist ihm nichts eingefallen. Das heißt, dass der Rest wohl weitestgehend in Ordnung ist.

Der vorliegende Haushalt ist fast unverändert. Das zeigt: Durch diese Kontinuität kann man auch heute feststellen, dass die CDU ein verlässlicher Partner des Sports ist.

Das wird auch am Abschluss des Bündnisses für den Sport deutlich.

(Bodo Wißen [SPD]: Es gibt auch eine Kontinuität im Nichtstun!)

Die Sportpauschale beträgt auch weiterhin 50 Millionen €. Dies haben wir von Ihnen übernommen; ich bin ja ehrlich. Das Sportstättenfinanzierungsgesetz läuft an. Wir haben bereits 46 genehmigte Anträge. An der Übungsleiterpauschale könnte man sicherlich noch etwas tun, aber hier haben Rot und Grün allen Grund, nichts Negatives dazu zu sagen. Außerdem müssen wir natürlich sehen, was das Konjunkturprogramm II noch bringt. Selbstverständlich ist es fraktionsübergreifend unser aller Wunsch, dass, wenn das Konjunkturprogramm II ans Laufen kommt, auch für den Sportstättenbau etwas übrig bleibt.

(Zuruf von der SPD: Was tut denn das Land?)

Es gibt also keine wesentlichen Veränderungen, mit einer Ausnahme: Die Wetteinnahmen, die natürlich die Grundlage der Finanzierung des LandesSportBundes bilden, sind dramatisch eingebrochen. Das ist nun wirklich nicht die Schuld der Landesregierung oder einer Partei. Hieran sind die Wetter schuld, weil sie weniger für diese Wetten ausgeben. Im vergangenen Jahr haben wir 13,4 % weniger Einnahmen erzielt. Das ist natürlich bei rund 50 Millionen € eine Menge. Und wir sind sehr sicher, dass die Entwicklung in den nächsten Jahren nicht besser wird. Für die CDU ist völlig klar, dass diese Einnahmen, die die Hauptgrundlage der Finanzierung des LandesSportBundes und damit des organisierten Sportes sind, weiter sinken werden. Aufgrund dessen ist die bisherige Förderung zukünftig nicht mehr zu leisten. Das können wir nicht von heute auf morgen ändern, aber ich bin Optimist und habe Vertrauen in die Landesregierung, die zusammen mit dem Parlament sicherlich dieses Problem lösen wird.

(Carina Gödecke [SPD]: Sie selbst haben also keine Lösung?)

Ich komme jetzt zu den Anträgen. Herr Peschkes hat in bemerkenswerter Ausführlichkeit das 1.000-mal-1.000-€-Programm gegeißelt. Man könnte auch sagen: Vereine aufgepasst, die SPD will 1.000 Vereinen 1.000 € wegnehmen! Aber das würde ich natürlich niemals tun. Die 1.000 € für einen Verein sind für Integration und Gesundheit. Diese Punkte trägt doch insbesondere auch die SPD in der sportpolitischen Diskussion wie eine Monstranz vor sich her. Das sind wichtige Dinge. Aber auf einmal, weil der Vorschlag von der Landesregierung kommt, ist es nicht mehr so wichtig.

Ich selbst war 33 Jahre Mitglied eines Vorstandes eines Sportvereins, davon 14 Jahre Vorsitzender. Herr Kollege Peschkes, ich kann Ihnen sagen: Wir haben uns über jeden Tausender für die Sport- und

Jugendförderung gefreut. Und ich glaube, dass die Vereine das auch tun werden.

Von daher kann ich Ihre Kritik an dem Programm nicht nachvollziehen, zumal Sie genau wissen: Selbst wenn Sie die Million in die Trainerausbildung stecken würden, würden Sie das generelle Problem der Trainerausbildung, das übrigens nicht die Landesregierung oder die CDU verschuldet hat, niemals lösen.

Sie haben übrigens einen ganz wichtigen Punkt der Studie, die wir alle kennen, vergessen, nämlich – das ist eine erschütternde Zahl – dass 35 % der Trainer, die wir beschäftigen – Sie haben den anderen Punkt aufgeführt –, informationsresistent sind. Das steht dort auch drin. Dies ist natürlich auch ein ernsthaftes Problem, was man einmal in der Gesamtheit erörtern müsste.

Wir wollen, dass das Geld direkt an die Vereine und nicht irgendwo in der LandesSportBund-Bürokratie oder woanders verloren geht.

Die Grünen haben beantragt, die Zuschüsse für den LandesSportBund auf dem Vorjahresniveau zu halten und somit den Ansatz wieder um 535.200 € zu erhöhen. Wären Sie bei der Jahreshauptversammlung des LSB gewesen – ich nehme an, außer mir ist es niemandem aufgefallen, dass Sie nicht dort waren –

(Hans-Theodor Peschkes [SPD]: Ich war auch da!)

– der Kollege Peschkes war auch da, aber ich sprach über die Grünen –, dann hätten Sie zur Kenntnis nehmen können, dass die Ersatzrücklage im vergangenen Jahr nicht 535.000 €, sondern 800.000 € betrug. Es ist also noch etwas da. Die sind im vorigen Jahr zusätzlich bezahlt worden. Das heißt also nicht, dass das Land die Mittel jetzt um 535.000 € gekürzt hat, sondern sie sind bereits im letzten Jahr vorbezahlt worden.

Ich kann nur sagen – Kollege Groth ist ja heute nicht anwesend –: Es ist doch gar nicht so schwer, an die Fakten zu kommen. Man muss sich nur erkundigen. Von daher ist dieser Antrag ein eindrucksvoller Beweis für die Seriosität der grünen Sportpolitik.

Demnächst haben wir fünf neue Sportschulen. Natürlich wird man das Konzept abwarten müssen. Diese fünf neuen Sportschulen sollen ja auch der Förderung des Nachwuchses dienen.

(Das Ende der Redezeit wird angezeigt.)

Für diesen Bereich gibt das Land – das wird die CDU-Fraktion natürlich unterstützen – zusätzlich 2,8 Millionen € aus.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege, ich darf Sie bitten, zum Schluss zu kommen.

Holger Müller (CDU): Ich weiß es, ich weiß es.

(Heiterkeit)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Ich wäre Ihnen sehr verbunden, Herr Kollege, wenn Sie auch die erforderlichen Konsequenzen daraus zögen. Ansonsten müsste ich sie ziehen.

Holger Müller (CDU): Das wäre schon passiert. Denn ich wollte nur noch informativ auf Momentum und das Schulschwimmen hinweisen.

Zum Schluss möchte ich das sagen, was ich auch zu Beginn gesagt habe, Frau Präsidentin: Die CDU war, ist und bleibt ein verlässlicher Partner des Sports. – Schönen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Müller. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP der Kollege Rasche das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Christof Rasche (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollege! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir erleben wieder eine typische Haushaltsdebatte: Die Koalition erläutert die Fakten, wie Herr Müller gerade, und die Opposition redet überwiegend alles schlecht, wie Herr Peschkes und gleich sicherlich auch Frau Asch.

Dabei sind FDP und CDU in der Sportpolitik klar aufgestellt. Sie unterstützen den Sport in Nordrhein-Westfalen in allen Facetten. Das unterstreicht nicht zuletzt der vorliegende Haushaltsentwurf für das Jahr 2009. Im Etat des Innen- und Sportministers Ingo Wolf steigen die Mittel für die Sportförderung um mehr als 3 Millionen € gegenüber dem Vorjahr auf rund 54,7 Millionen €. Verteilt über alle Ressorts dieses Haushaltes steigt die Sportförderung sogar um 4,5 Millionen €. Über das Sportstättenfinanzierungsprogramm fördern wir die notwendige Sanierung, Modernisierung und den Umbau der Sportstätten in den Kommunen. Hier stehen von 2008 bis 2010 zinsgünstige Darlehen in Höhe von 150 Millionen € zur Verfügung.

Von unschätzbarem Wert – da sind sich sicher alle vier Fraktionen in diesem Hohen Hause einig – ist für den Breitensport die ehrenamtliche Unterstützung durch Tausende von Betreuern in ganz Nordrhein-Westfalen. FDP und CDU werden diese für die Gesellschaft herausragende Arbeit auch weiterhin mit über 1,6 Millionen € pro Jahr unterstützen.

Aber, meine Damen und Herren, es sind nicht nur die nackten Zahlen des Haushalts, die eine engagierte Sportpolitik von CDU und FDP in Nordrhein-Westfalen belegen:

7.000 zusätzliche Lehrerstellen kommen natürlich auch dem Schulsport zugute.

Mit dem Haushalt 2009 erfolgt auch eine verbesserte Einbindung von Sportvereinen und sportlichen Angeboten in die gebundene Ganztagschule. Das eröffnet gerade den Sportvereinen in Nordrhein-Westfalen hervorragende Chancen.

Wir haben die Gründung von fünf Sportschulen auf den Weg gebracht, die begeistert angenommen werden.

Das im Februar 2008 von Land und LandesSportBund geschlossene Bündnis für den Sport beweist die ausgezeichnete Zusammenarbeit von Regierung und Koalition und von LandesSportBund, Verbänden und weiteren Institutionen des Sports. Ein wichtiger Bestandteil des Bündnisses für den Sport bildet das Projekt Sportverein 2015, das gerade auch schon von den Kollegen Peschkes und Müller angesprochen wurde.

Elementares Ziel von Politik und Verbänden muss es sein, immer die Basis des Sports zu erreichen. Leider werden viele Entscheidungen der Verbände zum Beispiel im Fußball und im Tennis von der Basis nicht mehr verstanden. Die Nähe von einigen Funktionären zu den Sportlern muss nach unserer Auffassung dringend verbessert werden.

Meine Damen und Herren, nicht nur der Breitensport, sondern auch der Spitzensport ist bei CDU und FDP gut aufgehoben. Das Land unterstützt im Haushalt 2009 unter anderem die Olympia-Stützpunkte, die Trainerakademie in Köln und das Deutsche Forschungszentrum für Leistungssport an der Sporthochschule in Köln. Nicht nur in Peking konnten wir zahlreiche Erfolge von nordrhein-westfälischen Sportlerinnen und Sportlern feiern, auch bei der Handball-WM – gerade ganz aktuell in Kroatien – zeigten viele NRW-Sportler und auch Trainer, mit welcher Leidenschaft sie dabei sind.

Nordrhein-Westfalen ist das Sportland Nummer eins in Deutschland. CDU und FDP werden wesentlich dazu beitragen, dass dieses auch in Zukunft so bleibt. – Herzlichen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Rasche. – Als Nächstes hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Kollegin Asch das Wort. Bitte, Frau Kollegin.

Andrea Asch (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir müssen feststellen: Der Sport in Nordrhein-Westfalen steht nicht so gut da, wie er könnte. Wir fordern Sie deshalb in einem unserer Änderungsanträge auf, die Kürzung für den LandesSportBund zurückzunehmen. Das ist – wie gesagt – nur einer der zu kritisierenden Punkte.

Das Sportstättenkreditprogramm ist unzureichend und zu bürokratisch konzipiert, und auch die Dopingbekämpfung läuft halbherzig.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir haben den Vorschlag für eine frühzeitig und umfassend angesetzte Dopingbekämpfung und -prävention in NRW gemacht. Das wurde aber alternativlos abgelehnt. Wir als Grüne können nur hoffen, dass der im November in der Sportministerkonferenz verabredete Ziel- und Maßnahmenkatalog wirklich zu einer konsequenten Verbesserung der Dopingprävention führt. Wir Grüne sind da eher skeptisch.

Aber dass Sportminister Wolf dem LandesSportBund weitere Mittel kürzt, ist tatsächlich ein Stück aus dem Tollhaus. Ist das die Belohnung, Herr Minister Wolf, für die nun eingeleitete erfolgreiche Umstrukturierung und die vielen Aufgaben, die der LandesSportBund in diesem Land übernimmt?

Wir Grüne wollen eine auskömmliche Finanzierung des Sportes in Nordrhein-Westfalen und seines Dachverbandes. Ankündigungen für die Zukunft, wie die hier von der Landesregierung gemachten, reichen uns nicht aus. Zunächst eine dauerhaft angelegte nachhaltige Sicherung – irgendwann für die Zukunft 2010 – in Aussicht zu stellen, jetzt jedoch deutlich zu kürzen, ist falsch.

Ihr Wettpool ist gescheitert. Wir Grüne fordern daher umgehende Gespräche aller Beteiligten, wie eine von den Lottoerlösen unabhängige verlässliche Finanzierung der gemeinnützigen Ausgaben der Destinatäre zu sichern ist. Mit unserem Änderungsantrag könnten wir alle dazu einen ersten gemeinsamen Schritt machen und dem LandesSportBund für 2009 Geld in gleicher Höhe wie im vergangenen Jahr zur Verfügung stellen.

Stattdessen haben wir jetzt eine Verteilung mit der Gießkanne von 1.000 mal 1.000 € an Sportvereine. Dafür ist offenbar Geld vorhanden. Herr Peschkes hat das eben mit sehr deutlichen Worten beschrieben. Auch der LandesSportBund selbst bestätigt, dass das nicht strukturbildend und nachhaltig ist. Das ist Gießkannenprinzip und verpufft.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Die nötigen Verbesserungen – Traineroffensive im Leistungssport, Stärkung des organisierten Sports in den Kreisen und Städten, Erhalt bestimmter Sportstätten – können so nicht finanziert werden. Da wäre das Geld, diese 1 Million €, gut und nachhaltig angelegt.

Meine Damen und Herren, ich komme nun zum Schulsport. Unser früherer sportpolitischer Sprecher, Dr. Vesper, hat aus guten Gründen die Abtrennung des Schulsportreferates von der Sportabteilung deutlich kritisiert.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die damaligen Gründe sind auch heute noch genauso aktuell, und leider hat sich die Situation nicht verbessert. Das Gegenteil ist eingetreten. Wer noch gehofft hat, dass die Schulministerin erkennt, dass beim Schulsport zugelegt werden muss, ist auch hier inzwischen enttäuscht. In einem Beitrag des WDR zum Schulsport vom 24. Januar – ganz aktuell – verweist die Ministerin auf das Modellprojekt „Tägliche Sportstunde“ und lobt es als vorbildlich. Aber warum, Frau Sommer, machen Sie dann nicht Tempo, dass dieses Projekt, was von allen Fraktionen hier im Land befürwortet wird, wirklich flächendeckend auf viele Schulen übertragen werden kann?

Wir brauchen nicht auf den Abschlussbericht zu warten; das ist nicht nötig. Wir verlieren dadurch letztendlich nur noch ein Jahr. Professor Thiele hat im Sportausschuss sehr deutlich gesagt, dass die Schaffung von Rahmenbedingungen für Implementierung an möglichst vielen interessierten Schulen sofort umgesetzt werden kann. Dann können bereits im nächsten Schuljahr viele weitere Schulen erfolgreich eine tägliche Sportstunde anbieten. Das käme jedenfalls auch den Forderungen des zweiten Kinder- und Jugendsportberichtes entgegen.

Auch beim Thema Schwimmenlernen fehlt der entscheidende Durchbruch. Hierzu gibt es den gemeinsamen Antrag aller Fraktionen im Hause. Aber es wird deutlich, dass die Regierung offenbar auch dieses Thema nicht ernst genug nimmt und keine Maßnahmen auf den Weg bringt, damit das Schwimmenlernen endlich für alle Schülerinnen und Schüler umgesetzt werden kann.

(Beifall von den GRÜNEN)

Auch hier müssen wir feststellen, dass Regierung und Koalition an zwei entscheidenden Stellen nicht handeln wollten: Die ausreichende Bereitstellung von Sportlehrkräften für den Schwimmunterricht und die Prüfung einer zusätzlichen und befristeten Förderung von Baubedarf bei Lehrschwimmbecken konnten wir nicht durchsetzen.

Meine Damen und Herren, das wird sich auf Dauer bei den Schülerinnen und Schülern rächen, die eben nicht schwimmen lernen, und das wird die gesamte Bewegungserziehung beeinträchtigen.

(Beifall von GRÜNEN und Rüdiger Sagel [fraktionslos])

Ich komme zum Schluss und zum Fazit: Es gibt viele Gründe, diesen Haushalt abzulehnen. Wir Grüne werden es deshalb tun.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Asch. – Als nächster Redner hat für die Landesregierung Herr Minister Dr. Wolf das Wort. Bitte schön, Herr Minister.

Dr. Ingo Wolf, Innenminister: Werte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Müller hat recht: Herrn Peschkes Reden waren schon mal schlimmer. Insofern danke ich für die relativ moderaten Äußerungen. Aber es wird ihn trotzdem nicht dazu bringen, dem Etat zuzustimmen. Denn die Opposition erweckt alle Jahre wieder den Eindruck: Endlich sind wir in der Opposition. Endlich können wir Forderungen aus dem Wolkenkuckucksheim stellen.

(Beifall von CDU und FDP)

Alles, was wir früher nicht getan haben, wollen wir nun spontan fordern. – Meine Damen und Herren, so geht das natürlich nicht.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das war doch Ihre Politik in der Opposition, Herr Minister!)

Wir haben bei der Konsolidierung des Haushalts und bei der Förderung des Sports verantwortlich abwägend erreicht, dass wir einen kontinuierlichen Aufwuchs der Ausgaben für den Sport und dass wir richtige Schwerpunktsetzungen vorgenommen haben. Das zeigt sich daran, dass Sie im Grunde genommen nichts Richtiges zu kritisieren haben. Sie picken sich Kleinigkeiten heraus.

Spannend ist natürlich das Thema „Hilfe für Vereine“. Wenn wir dem LSB einen Gesamtbetrag zur Verfügung gestellt hätten, hätten Sie gesagt: Das ist eine zentrale Förderung. In den Vereinen kommt nichts an.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Quatsch!)

Jetzt wollen wir es den Vereinen direkt zukommen lassen, und Sie sagen: Das ist auch nicht richtig; es muss alles zentral gelöst werden. – Wir sind der festen Überzeugung, dass Hilfe vor Ort richtig und wichtig ist. Das tun wir auch mit dem Sportstättenfinanzierungsprogramm, bei dem es ebenfalls darum geht, dass sich vor Ort einzelne Vereine zur Verbesserung der sportlichen Bildung entsprechend einrichten können.

In Zusammenarbeit mit dem LSB haben wir ein dahin gehend belastbares Finanzierungskonzept aufgestellt, dass die entsprechenden Beträge wie im letzten Jahr zur Verfügung stehen. Lange Zeit haben Sie den Eindruck erweckt, die Konzessionserlöse würden nicht 1:1 durchgereicht. Jetzt passiert das, und Sie haben sich etwas Neues ausgesucht.

Dass die Wetterlöse nicht mehr so ergiebig sind, ist eine Entwicklung, die sicherlich nicht durch diese Landesregierung verursacht worden ist und im Übrigen auch bundesweit vergleichbar ist. Wenn es dort zu Neuerungen kommen sollte, die eine Verbesserung ergeben, werden wir uns sicherlich nicht sperren. Dies bedarf aber eines bundesweiten Vorgehens aller Länder. Sie wissen um den Staatsvertrag; das will ich gar nicht weiter ausführen.

Sie haben den Schulsport angesprochen. Ich bin sehr froh, dass Frau Kollegin Sommer an dieser Stelle eine sehr aufgeschlossene Kollegin im Kabinett ist und sich bei der entsprechenden Dotation der Sportlehrerstellen für die Sportschulen eingesetzt hat, sodass wir gemeinsam feststellen können, dass es ein erfolgreiches Projekt wird. Die Nachfrage ist gigantisch: Wir können gar nicht so viele Schüler aufnehmen, wie sich an diesen Schulen bewerben.

Abschließend möchte ich zu einem Thema kommen, das mir persönlich sehr am Herzen liegt. Das erste Mal, dass das Thema Schwimmenlernen richtig in den Fokus gekommen ist, war unter dieser neuen Landesregierung. Was haben Sie denn früher gemacht? Gar nichts. Dass die Kinder nicht schwimmen können, ist doch nicht unsere Schuld. Sie haben in all den Jahren zu wenig getan. Wir setzen neue Prioritäten.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Minister, entschuldigen Sie, wenn ich Sie unterbreche. Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Schmeltzer?

Dr. Ingo Wolf, Innenminister: Ich möchte fortfahren.

Wir haben gerade das Thema Migrantinnen in Angriff genommen. Vor Kurzem konnte ich entsprechende Lehrbefähigungszeugnisse an 20 junge Musliminnen austeilen, die in der Lage sind, auch in der dortigen Community unter religiös zumutbaren Bedingungen Schwimmsport auszuüben. Das sind Initiativen, die Sie im Leben nicht angepackt haben.

Wir wissen um unsere Verantwortung für dieses Thema. Wir werden uns weiter engagieren. Dabei brauchen wir aber natürlich auch das Engagement der Kommunen, der vielen Schwimmsportvereine und der DLRG, die mit einem unglaublichen Engagement vorangehen. Ich kann nur sagen: Diese Ehrenamtlichkeit ist ein Vorbild. Wir werden sie nicht verprellen, sondern in Maßen so unterstützen, dass sie ihrer wichtigen Aufgabe gerecht werden. Insgesamt gilt: NRW ist das Sportland Nummer eins.

Dies ist ein hervorragender Sporthaushalt. Ich bitte Sie, ihm zuzustimmen. – Danke schön.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister. – Als nächster Redner hat für die SPD-Fraktion der Kollege Peschkes das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Hans-Theodor Peschkes (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Dr. Wolf, wenn ich

Sie auch in Teilbereichen gelobt habe, ist das doch kein Grund, übermütig zu werden.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Was die Verlässlichkeit angeht, die Kollege Müller und der Sportminister angesprochen haben, sage ich Ihnen: Die einzige Verlässlichkeit, die es im Sport bei Ihnen gibt, ist die chronische Unterfinanzierung des Sports. Das muss ich einfach feststellen.

(Beifall von der SPD)

Das ist nicht nur meine Meinung, sondern das hat die Expertenanhörung zum Sporthaushalt ergeben. Der LandesSportBund hat ausdrücklich erklärt, die Ausstattung sei nicht auskömmlich.

(Christof Rasche [FDP]: Völlig falsch!)

Sie haben es in dieser Zeit nicht geschafft, die Sportfinanzierung von den Wetterlösen unabhängig zu machen.

(Beifall von der SPD)

Sie haben es nicht geschafft, dass die Sportstiftung eine verlässliche Zukunft hat. Wenn die Finanzierung so weitergeht, steht die Sportstiftung vor dem Exitus. Sie hat zu wenig zum Leben und zu viel zum Sterben.

(Christof Rasche [FDP]: Schwarzmalerei!)

Herr Kollege Müller, es ist richtig, dass der Haushalt unverändert ist. Weiterhin unverändert ist bei Ihnen, dass Sie kein Konzept zur Förderung des Nachwuchssports haben. Sie haben kein Konzept zur Förderung des Leistungssports. Sie haben kein Konzept, wie es mit der Sporthilfe weitergehen soll. Sie haben kein wirkliches Konzept, wie es denn mit der Dopingbekämpfung weitergehen soll. Sie haben das Projekt „Falscher Einwurf!“ auslaufen lassen und es nicht geschafft, hier wirkliche Konturen zu setzen. Die Versorgung mit Sportlehrern ist weiterhin fraglich.

Von der Koalition gibt es keine Initiativen, sondern nur Fehlanzeigen. Ich muss einfach sagen: Was die Sportwelt angeht, sollten Sie in die Realität kommen, sie zur Kenntnis nehmen und weniger Schulterklopfen betreiben. Reden Sie sich die Sportwelt nicht schön; das hat sie nicht verdient.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Peschkes. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen zu diesem Teilbereich liegen mir nicht vor. Damit sind wir am Schluss der Beratung zum Einzelplan 03 und kommen zur Abstimmung.

Ich rufe den **Änderungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/8372** auf. Wer

diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den darf ich um das Handzeichen bitten. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktion der SPD und des Abgeordneten Sagel mit den Stimmen der Fraktion der FDP und der Fraktion der CDU **abgelehnt**.

Ich rufe den **Änderungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/8373** auf. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist bei Enthaltung der Fraktion der SPD und Zustimmung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und des Abgeordneten Sagel mit den Stimmen der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP **abgelehnt**.

Ich rufe den **Änderungsantrag** der Fraktion der SPD **Drucksache 14/8374** auf und darf um Ihr Votum bitten. Wer möchte dem Antrag zustimmen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist gegen die Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit den Stimmen des Abgeordneten Sagel, der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP **abgelehnt**.

Ich rufe den **Änderungsantrag** der Fraktion der SPD **Drucksache 14/8375** auf. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist gegen die Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit den Stimmen der Fraktion der CDU, der Fraktion der FDP und des Abgeordneten Sagel **abgelehnt**.

Ich rufe den **Änderungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/8376** auf. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und des Abgeordneten Sagel **abgelehnt**.

Ich rufe den **Änderungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/8377** auf. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und des Abgeordneten Sagel bei Enthaltung der Fraktion der SPD **abgelehnt**.

Ich rufe den **Änderungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/8378** auf. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den darf ich bitten, die Hand zu heben. – Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Abgeordnete Sagel stimmen zu. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist bei Enthaltung der Fraktion

der SPD mit den Stimmen der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und des Abgeordneten Sagel **abgelehnt**.

Wir kommen damit zur Abstimmung über den Einzelplan 03 und der entsprechenden **Beschlussempfehlung Drucksache 14/8003**. Wer dem Einzelplan 03 seine Zustimmung geben möchte, den darf ich um das Handzeichen bitten. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist die Beschlussempfehlung **angenommen** und der **Einzelplan 03 beschlossen**, und zwar mit den Stimmen der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und des Abgeordneten Sagel.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir kommen verabredungsgemäß zur **Unterbrechung der Haushaltsberatungen**, und ich rufe auf:

3 Fragestunde

Drucksachen 14/8340, 14/8367

Nach den Richtlinien über die Fragestunde werden Dringliche Anfragen zu Beginn der Fragestunde aufgerufen und gehen somit allen anderen Fragen vor, sodass ich aus diesem Grund die

Dringliche Anfrage 274

des Abgeordneten Römer von der Fraktion der SPD zum Thema Wohnungsbauförderungsanstalt aufrufe.

Die „Westdeutsche Allgemeine Zeitung“ berichtet an diesem Dienstag über Pläne der Landesregierung in Bezug auf die Wohnungsbauförderungsanstalt (Wfa). Danach „soll die Wfa mit ihrem Vermögen von 18 Milliarden € die Zweckbindung für Sozialen Wohnungsbau verlieren und bis März komplett in die NRW.BANK eingegliedert werden“.

Welche Pläne hat die Landesregierung bezogen auf die Wohnungsbauförderungsanstalt?

Ich darf Herrn Minister Wittke um Beantwortung bitten. Bitte schön, Herr Minister.

Oliver Wittke, Minister für Bauen und Verkehr: Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Lieber Kollege Römer, unser Ziel ist eine Verbesserung der Kapitalsituation der NRW.BANK. Dies soll durch eine unbeschränkte Anerkennung des Wfa-Vermögens als vollwertiges Haftkapital der NRW.BANK im Sinne des Kreditwesengesetzes durch die BaFin sichergestellt werden. Zu diesem Zweck plant die Landesregierung eine Vollintegration der Wohnungsbauförderungsanstalt in die NRW.BANK.